

Die Angeschossene flüchtete auf die Straße - Seite 7

# Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS  
P. b. b. Nr. 117 / Wien, Dienstag, 22. Mai 1962 / Gegründet 1889 / Einzelpreis 1,10 Schilling



## Kennedy lobt Europas Krankenkassen

Der amerikanische Präsident will ein ärztliches Hilfsprogramm für alte Leute durchsetzen

New York. Präsident Kennedy hat an die Amerikaner appelliert, sein „Medicare“-Programm, das die ärztliche Betreuung der Alten sichern soll, zu unterstützen. Amerika sei auf diesem Gebiet weit hinter Europa zurück, sagte er.

In einer von vielen tausenden Pensionisten besuchten Versammlung in der Madison-Square-Garden-Halle in New York erklärte

Kennedy: „Worüber wir jetzt sprechen, das haben die meisten europäischen Länder schon vor Jahren verwirklicht.“ Der Plan des Präsidenten, die Alten kostenlos ärztlich zu betreuen, stößt auf den heftigen Widerstand des amerikanischen Ärzteverbandes.

Kennedy wandte sich in seiner Rede, die über ganz Amerika im Fernsehen ausgestrahlt wurde, gegen die Einwände, daß das Gesund-

heitsprogramm das individuelle Selbstvertrauen untergraben würde. „Was das Selbstvertrauen untergräbt“, rief er aus, „ist krank, allein und gebrochen zu sein!“

Diese Versammlung“, sagte Kennedy, „ist ein Beweis für die Entschlossenheit des amerikanischen Volkes, der Drohung, die jene Personen trifft, die am wenigsten imstande seien, ihr zu begegnen, ein Ende zu bereiten.“

## Daumes Dilemma

Daß das „Österreichische Ärztekomitee“ des Dr. Daume bei den Kammerwahlen Stimmen und Mandate gewinnen werde, war zu erwarten. Daß die sozialistischen Ärzte für ihre undemagogische, auf das Gesamtwohl und die Patientensicherheit bedacht nehmende Haltung Stimmen- und Mandatsverluste in Kauf würden nehmen müssen, konnte man ebenfalls voraussehen. Was doch einigermaßen überrascht ist die Niederlage der ÖVP-Ärztegruppe des nunmehr gestürzten Kammerpräsidenten Dr. Plochowich, die doch den ganzen Lizitationsrummel des Dr. Daume mitgemacht hatte. Diese Wahlniederlage der ÖVP-Ärzte ist ebenso schmachlich wie die der sozialistischen Ärzte ehrenvoll ist. Sie zeigt, daß man der Demagogie nicht Herr werden kann, indem man sich an sie anhängt! Die Ängstlichen, die vor dem entfesselten Radikalismus zurückweichen, haben diesen sanktioniert. Man kann ohne Risiko behaupten, daß Dr. Daume wesentlich weniger Erfolg gehabt hätte, wäre die vorige Kammerführung seinen Forderungen entgegengetreten und hätte ein Programm vorgelegt, durch das der „Zustand“ vermieden worden wäre. Jedenfalls haben die sozialistischen Ärzte nichts zu bereuen: Sie sehen jetzt, daß sie, wären sie aus Gründen der Opportunität in die Kammer gegangen, nicht ein einziges Mandat gereitet hätten.

Natürlich ist dieser ganze erdtrübsartige Erfolg der Daume-Gruppe nur auf Grund der an dieser Stelle mehrmals besprochenen politischen Unerfahrenheit der Ärzteschaft möglich geworden. In keiner Gewerkschaft könnte eine Radikalski-Gruppe mit einem aufgeplusterten 65-Prozent-Förderungsprogramm einen Wahlerfolg erzielen. Aber vielleicht bietet die Daume-Episode den Ärzten nunmehr Gelegenheit, die Erfahrungen nachzuholen, die ihnen so offensichtlich mangeln. Denn man wird ja nun sehen, was der Doktor Daume mit seiner absoluten Mehrheit anfangt.

Wie jeder Umstürzler, der sich in seinem Programm übernommen hat und dafür mit überraschendem Erfolg und der damit verbundenen Verantwortung bestraft wird, steht Dr. Daume nun vor einer schmerzlichen Entscheidung: Er kann entweder seriös werden, worauf sich seine Anhänger fragen werden, wozu sie ihn gewählt haben — oder er kann der alte Daume bleiben und von ihm vertretenen Berufsstand in eine Sackgasse hinführen.

Denn eines ist wohl klar und wird bei den, nunmehr in Aussicht genommenen, echten Verhandlungen noch klarer werden: Die Weigerung der Krankenkassen, die Forderungen Dr. Daumes als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen, ist keine Frage von gutem oder schlechtem Willen. Die Krankenkassen können nicht mehr geben, als sie haben. Wenn Dr. Daume ungebüßig bleibt, so ist entweder eine unbefristete Fortdauer des „Zustandes“ zu erwarten, die nicht nur die Patienten, sondern auch einen großen Teil der Ärzte schmerzlich trifft, oder aber eine politische Affäre ersten Ranges, weil ja die Mehrbelastung der Versicherten, die Reduktion der Kassenleistungen bei gleichbleibenden Beiträgen oder auch die Subventionierung der Ärzte aus Steuermitteln Ansehenheiten des Parlaments und der politischen Parteien wären. Und das werden die Ärztekammerfunktionäre bald merken: Ihre Wahlen sind weder die einzigen noch die wichtigsten, Wahlen in diesem Land. Die in Aussicht stehenden Nationalratswahlen werden auch jene Politiker, die vorerst geglaubt haben, mit dem „Zustand“ ein sozialreaktionäres Geschäft machen zu können, davon abhalten, eine allzu unpopuläre Haltung einzunehmen.

Wir wollen damit nicht sagen, daß man Dr. Daume, der nun die Wiener Ärzteschaft repräsentiert, anrennen lassen soll. Es ist vielmehr zu hoffen, daß die Krankenkassen den neuen Ärztekammerpräsidenten beim Wort nehmen und ihm einen konstruktiven Reformplan vorlegen, der auch von den Ärzten einen entsprechenden Anteil von verantwortlicher Mitarbeit verlangt, wobei ihnen ganz gewiß ein gebührender Anteil an einer Produktivitätssteigerung der medizinischen Hilfeleistung zukommen könnte. Man soll keine Angst vor Dr. Daume haben. Man soll ihm helfen, sich selber zu widerlegen. F. K.

## Staatsbesuch: Der Prinz als Pilot

Die holländische Königin feierlich empfangen und von den Wienern mit großer Herzlichkeit begrüßt

Nicht nur viele Wiener, sondern auch zahlreiche in Österreich ansässige Holländer begrüßten Montag vormittag in Schwchat die niederländische Königsfamilie, die genau um 11.30 Uhr auf dem Flughafen landete. Bundespräsident Dr. Schräfl hieß die Gäste in herzlichen Worten willkommen, während gleichzeitig ein Schuss aus 21 Schüssen abgefeuert wurde.

Vier österreichische Düsenjäger waren den beiden niederländischen Maschinen bis an die deutsche Grenze entgegengeflogen und gaben ihnen das Ehrengeläch nach Wien. Das erste der beiden holländischen Flugzeuge, die zehnstufige Privatmaschine der Königin, war ein großes Stück des Fluges von Prinz Bernhard selbst gelenkt worden.

Zur Begrüßung der Königin Juliane, des Prinzen Bernhard, ihrer beiden Töchter, Kronprinzessin Beatrix und Prinzessin Irene, des niederländischen Außenministers Luns und des königlichen Gefolges hatten sich außer dem Bundespräsidenten auch Bundeskanzler Dr. Gorbach, Vizekanzler Dr. Pittlermann, die Minister Dr. Kreisky und Afrisch sowie Staatssekretär Dr. Steiner auf dem Flughafen eingefunden. Die Begrüßung und Vorstellung erfolgte in deutscher Sprache, die die Königin sehr gut beherrscht. Auch die Sonne beteiligte sich am Staatsbesuch: nachdem es lange geregnet hatte, schien sie nun auf den Flugplatz.

Nachdem die niederländische und die österreichische Hymne erklingen waren und die Königin die Front einer Ehrenkompanie abgesehen hatte, wurden die Gäste in einem langen Wagenkolonne zu ihrem Wiener Wohnsitz, dem „Hotel Imperial“ gebracht. Um 13.30 Uhr gab Bundespräsident Dr. Schräfl für sie ein Mittagessen in der Hofburg. Nach der Besichtigung der Schatzkammern und des Kunsthistorischen Museums fand spät abends im Zerkowiansaal der Hofburg ein festliches Galadiner statt.

(Fortssetzung auf Seite 5)



## Malinowski: Kriegsschauplatz im All

Der sowjetische Verteidigungsminister prahlt mit der Raketenmacht

Moskau. Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Malinowski veröffentlicht in der Monatszeitschrift „Kommunist“ einen Artikel, in dem er erklärt, der Weltraum könnte der Schauplatz eines Krieges der Zukunft werden.

Die Macht der Sowjetarmee sei so groß, daß keine Verteidigungsmaßnahme der ameri-

kanischen Imperialisten ausreichen könnte, um einen vernichtenden Schlag gegen die Wirtschaft, das Verkehrs- und die Verwaltungszentren der USA zu verhindern, falls ein Krieg ausbricht, schreibt der sowjetische Minister.

Malinowski wendet sich scharf gegen die westlichen Vorschläge auf der Genfer Abrüstungskonferenz für ein kontrolliertes Verbot von Atomwaffenversuchen. Damit wolle der Westen nur der Spionage Vorschub leisten, erklärt Malinowski.

### Sowjetische Atomtests begonnen?

Tokio. Das Observatorium in Kuschiro auf der nördlichen japanischen Insel Hokkaido verzeichnete Sonntag einen ungewöhnlichen atmosphärischen Druck. Ein Sprecher teilte mit, die Erscheinung könne möglicherweise durch eine sowjetische Atomwaffenexplosion hervorgerufen sein.

## De Gaulle will wieder das Volk fragen

Er will über das Parlament hinweg seine Europapolitik billigen lassen

Paris. Der französische Staatspräsident de Gaulle beabsichtigt nach Mitteilung von Regierungsbeamten, im Herbst eine Volksabstimmung darüber abhalten zu lassen, ob ein vereintes Europa als „Schiedsrichter“ zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten auftreten soll.

Der Parteirat der französischen Sozialistischen Partei nahm mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, in der die Europapolitik de Gaulles verurteilt wird. Der Rat stellt fest, heißt es in der Entschleunung, daß General de Gaulle nunmehr beabsichtige, Frankreich zu einer antieuropäischen und atlantischen Politik zu bringen.

Am sechsten Tag des Prozesses gegen den OAS-Führer General Salan wurde die Einvernahme der Zeugen der Verteidigung fort-

### Entgegnung zum Metallarbeiterstreik

Der Anwalt des Herrn Christof Pieflinger, Besitzer des Sensenwerkes Pieflinger in Molln bei Steyr, schickte uns folgende Entgegnung: Sie schreiben in der Nr. 109 vom 12. Mai 1962 auf Seite 1 unter der Überschrift: „Streik — Ohrfeigen bei Steyr“:

„Im Sensenwerk Pieflinger in Molln bei Steyr drohte die Firmenleitung den streikenden Arbeitern mit der Entlassung. Im Verlauf einer Auseinandersetzung schlug der Besitzer des Betriebes auf den Betriebsratsobmann mit den Fäusten ein.“

Entgegen diesen Tatsachenbehauptungen hat weder die Firmenleitung des Sensenwerkes Pieflinger den streikenden Arbeitern mit der Entlassung gedroht noch der Besitzer des Betriebes auf den Betriebsratsobmann mit den Fäusten eingeschlagen.



VOLLBAD IN DER POPULARITÄT: De Gaulle nimmt den Jubel des Volkes als Vollmacht auch für seine Europapolitik. Was kümmert ihn das Parlament?